

Frau  
Christine Gross  
Kirchweg 1  
3038 Kirchlindach

**Ombudsstelle SRG.D**

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung  
Kurt Schöbi, Co-Leitung  
c/o SRG Deutschschweiz  
Fernsehstrasse 1-4  
8052 Zürich

E-Mail: [leitung@ombudsstellenrgd.ch](mailto:leitung@ombudsstellenrgd.ch)

Zürich, 16. September 2022

**Dossier Nr. 8858, «Tagesschau/SRF News» vom 6. August 2022 – «Radikale Gruppen in Deutschland»**

Sehr geehrte Frau Gross

Besten Dank für Ihr Mail vom 7. August 2022, mit dem Sie obige Sendung wie folgt beanstanden:

«<https://www.srf.ch/news/international/themenpalette-wird-breiter-radikale-gruppen-in-deutschland-weiten-ihre-kampfzone-aus>» «Die obige Sendung (geschriebener und gesprochener Text, Video) verletzt das Sachgerechtigkeitsgebot in krasser Art und Weise. So werden die im Video gezeigten Bilder und Statements vom SRF sowohl im geschriebenen als auch im gesprochenen Wort absolut tendenziös, einseitig negativ, verfremdet und unrichtig wiedergegeben, sodass dem Publikum eine vorgefasste Meinung aufoktroziert wird, die es zu schlucken hat, will es nicht Gefahr laufen, selber als radikal, demokratiefeindlich, Verschwörungstheoretiker, rechtsextrem, Putin-Befürworter abgestempelt zu werden. Das SRF bringt es fertig, in seiner Darstellung dieser «radikalen» Gruppen nicht einen einzigen sachlichen Satz zu formulieren, geschweige denn einen positiven betreffend die Beweggründe der Demonstrierenden.

Informationen über diese Gruppierungen anhand des Videos und den Aussagen von Henrik Sodenkamp:

- Kartonschild auf dem die Begriffe Corona, WHO, Nato durchgestrichen sind
- Plakat: Frieren für den Krieg! Danke Grüne/SPD/FDP/CDU
- Plakat: Wir sind die Antikörper gegen dieses System (WEF, WHO, Nato, EU)
- Plakat: Friede, Freiheit, Selbstbestimmung, keine Waffen, keine Impfpflicht
- Plakat: Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf
- Plakat: Willkür unter dem Mantel der Solidarität
- Plakat: Schwerter zu Pflugscharen, Basnimer für Frieden, gegen Krieg.

- Plakat: Der Kaltmacher (Robert Habeck)
- Henrik Sodenkamp: «Die Menschen, die hier sind, haben 2020 gemerkt, dass die Regierung die Menschen nach Strich und Faden belogen hat.».
- Hendrik Sodenkamp: «Der allgemeine Kriegszustand, der Krieg gegen Corona und jetzt der Krieg gegen Russland, da möchten die Menschen nicht mitmachen, ohne dass in irgendeiner Form demokratisch darüber abgestimmt wurde.»

Interpretation im geschriebenen und gesprochenen Wort durch SRF:

- Radikale Gruppen in Deutschland weiten Kampfzone aus.
- Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben schon gegen Geflüchtete demonstriert, gegen Corona-Massnahmen – und jetzt gegen den Krieg in der Ukraine. Dabei sind sie fest auf der Seite Putins.
- Bodo Ramelow ist besorgt, was sich am rechten Rand der Republik zusammenbraue. «Mittlerweile protestieren die sogenannten Spaziergänger, vereinigt mit AfD, Reichsbürgern oder Rechtsextremen gegen den Staat und benutzen alles, was Unfrieden verstärkt. Dazu wird auch die Preisexplosion herangezogen werden».
- Die grosse Klammer, sagt Lauer, ist Demokratiefindlichkeit bzw. ein grosses Misstrauen gegen die Demokratie, gegen die Institutionen und gegen die Regierung».
- Der Chef des Brandenburger Verfassungsschutzes sagte, die Extremisten träumten von einem deutschen Wutwinter. Sie können so Werbung machen für ihre staatsfeindlichen Bestrebungen.
- Extreme Gruppierungen beginnen nun, das Thema Energiekrise zu besetzen. Die grosse Frage wird sein, ob Gewerkschaften, Parteien oder Verbände ein Gegengewicht setzen können, damit nicht jeder, der im Winter gegen Inflation oder höhere Gaspreise demonstriert, in die extreme Ecke gedrängt wird.
- Corona, WHO, Nato, EU, alles durchgestrichen, neue und alte Feinde.
- Sie sind gegen Flüchtlinge, gegen Coronaregeln und kämpfen jetzt für Putin.
- Sie lehnen den Staat als Ganzes ab.
- Misstrauen, Verachtung der Politik gegenüber, das ist hier überall spürbar.
- Radikale Gruppen und ihr neues Thema.
- Henrik Sodenkamp ist Star in der Szene der Verschwörungstheoretiker.
- Henrik Sodenkamp wird zitiert, die Menschen sollen so lange weitermachen, bis die «Verbrecher» in der Regierung zurückgetreten seien.
- Corona-Massnahmen-Kritiker und Putin-Befürworter gehen gemeinsam auf die Strasse.
- Viele protestieren gegen den Krieg in der Ukraine und zwar als Befürworter Russlands.
- Sie halten diese Regierung nicht für legitim, fühlen sich von ihr betrogen und belogen.
- Themenpalette wird breiter, benutzen alles, was Unfrieden verstärkt. Dazu wird auch die Preisexplosion herangezogen werden.
- Die Themen sind auswechselbar: Flüchtlinge, Corona, Ukraine, Energiekrise.
- Befürworter Russlands, Corona-Massnahmenkritiker und Putin-Befürworter gehen gemeinsam auf die Strasse
- Robert Habeck, der Kaltmacher = eindeutig doppeldeutig.

Meine Fragen:

- Wie kommt SRF dazu, von Putin-Befürwortern bzw. von Russland-Befürwortern zu schreiben? Der Name Putin oder Russland ist nirgends auf den Plakaten oder in den Statements eruierbar. Die Demonstranten sind lediglich gegen den von Deutschland geführten Wirtschaftskrieg gegen Russland zu Ungunsten des deutschen Bürgers.
- Warum unterschlägt SRF im Text einen Teil der Aussage von Hendrik Sodenkamp: «Der allgemeine Kriegszustand, der Krieg gegen Corona und jetzt der Krieg gegen Russland, da möchten die Menschen nicht mitmachen, ohne dass in irgendeiner Form demokratisch darüber abgestimmt wurde.»
- Warum wird diesen Gruppierungen Demokratiefeindlichkeit unterstellt? Weil sie eine andere Meinung haben als die Regierung? Weil für das SRF jeder demokratiefeindlich ist, der sich nicht den Parolen der Einheitsregierung und der Massenmedien unterwirft?
- Ich möchte gerne vom SRF wissen, wie es Demokratie definiert. Sie schreiben: «Die Basis der Demokratie ist die Freiheit. Man darf demonstrieren, seine Meinung sagen, ohne dafür bestraft, benachteiligt oder bedrängt zu werden.» Mit dem von mir beanstandeten Beitrag pervertieren sie diese Aussage aufs Krasseste, denn wenn man eine von Ihnen abweichende Meinung kundtut, dann wird man mit den Totschlagsargumenten «Verschwörungstheoretiker, rechtsextrem, Putin-Befürworter usw.» kaltgestellt.
- Diesen Gruppierungen wird unterstellt, bewusst Unfrieden zu säen, indem sie z.B. gegen die Energiekrise demonstrieren. Warum wird im Gegenzug Gewerkschaften, Parteien oder Verbände für dasselbe Vorgehen ein Persilschein ausgestellt? Haben diese das Alleinverfügungsrecht über diese Themen, selbstverständlich ohne nie irgendwelchen Unfrieden zu säen?
- Wenn Sie schon von «staatsfeindlichen Bestrebungen» dieser Gruppierungen sprechen, dann erwarte ich auch von Ihnen, dass sie diese klar benennen. Ansonsten ist dies lediglich eine haltlose Unterstellung mit dem Ziel, diese Gruppierungen zu diffamieren.

Glaubt das SRF wirklich, dem Frieden in der Welt Vorschub zu leisten, wenn es nicht genehme Meinungen durch solch einseitige Berichterstattungen diskreditiert und unterdrückt? Ein öffentlich-rechtlicher Sender sollte aufgeschlossen sein und auch vom Mainstream abweichenden Meinungen eine wohlwollende Chance geben. Nur so kann ein Diskurs entstehen und daraus ein Konsens. Wenn jedoch nur noch eine Einheitsmeinung herrscht, dann bewegen wir uns in einer Meinungsdictatur.»

**Die Redaktion** hat folgende Stellungnahme verfasst:

Die Beanstanderin ist der Meinung, dass *«die im Video gezeigten Bilder und Statements von SRF sowohl im geschriebenen als auch im gesprochenen Wort absolut tendenziös, einseitig negativ, verfremdet und unrichtig wiedergegeben»* wurden.

Dann listet die Beanstanderin eine Reihe von «Informationen über diese Gruppierungen» und «Interpretationen auf im geschriebenen und gesprochenen Wort durch SRF». Dazu ist grundsätzlich festzuhalten: Unser Reporter kennt Deutschland und die dortigen Umstände bestens. In der Woche vor der Ausstrahlung des Beitrages war er persönlich an verschiedenen Demonstrationen in Deutschland.

Er hat dabei viele Eindrücke gesammelt und mit verschiedenen Leuten gesprochen, so dass er sich ein umfassendes Bild von den Teilnehmer:innen und deren Beweggründen machen konnte. Die Vorstellung, dass die Einschätzung unseres Reporters ausschliesslich auf den auf dem Sender gezeigten Bildern basiert, wäre falsch. Die Hauptaussage des Beitrages, nämlich dass radikale Gruppen in Deutschland auch den Krieg in der Ukraine nutzen, um den Staat und seine Repräsentanten zu schwächen, wird von vielen Beobachtern und Experten geteilt.

Der Beitrag war weder *«tendenziös»* und schon gar nicht *«unrichtig»*. Zu Wort kamen sowohl ein Vertreter der Querdenker-Bewegung (Hendrik Sodenkamp) als auch ein Experte (Stefan Lauer). Im online-Text wurden zusätzlich ein Politiker (Bodo Ramelow) und der Chef des Brandenburger Verfassungsschutzes zitiert.

Gerne nehmen wir im Folgenden zu den «Fragen» der Beanstanderin Stellung.

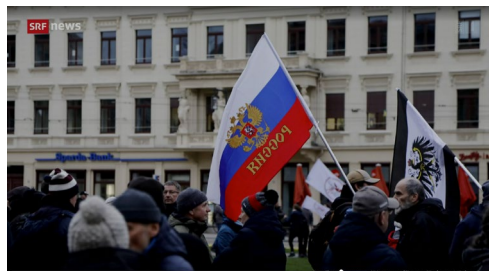
- 1. Wie kommt SRF dazu, von Putin-Befürwortern bzw. von Russland-Befürwortern zu schreiben? Der Name Putin oder Russland ist nirgends auf den Plakaten oder in den Statements eruierbar. Die Demonstranten sind lediglich gegen den von Deutschland geführten Wirtschaftskrieg gegen Russland zu Ungunsten des deutschen Bürgers.**

Unser Reporter war an verschiedenen Demonstrationen vor Ort und hat mit zahlreichen Demonstrierenden gesprochen. Diese zeigten zumeist eine Russland-freundliche Haltung und verteidigten dessen Präsidenten und gaben seine Argumentation wieder: Putin reagiere lediglich auf die jahrelangen Provokationen der Nato.

Dass immer wieder auch Russland-Flaggen an den Demonstrationen auftauchen wird im Beitrag ausdrücklich erwähnt und gezeigt. Im Video heisst es wörtlich:

*«Erste Russlandflaggen tauchten bei Wutbürger-Protesten schon im Frühling auf in Sachsen.»*

Dazu wurden im Beitrag die entsprechenden Fotografien eingebildet.



Hendrik Sodenkamp spricht im eingebetteten Video explizit vom *«Krieg gegen Russland»* (statt vom *«Krieg Russlands gegen die Ukraine»*) und nimmt damit klar eine prorussische Position ein.

Dass viele Menschen in der Querdenker-Szene Putin unterstützen, bestätigen zahlreiche Medienberichte. Eindrücklich zum Beispiel die Reportage «Querdenker für Putin», welche die ARD bereits im März dieses Jahres ausgestrahlt hat.<sup>1</sup>

**2. Warum unterschlägt SRF im Text einen Teil der Aussage von Hendrik Sodenkamp: «Der allgemeine Kriegszustand, der Krieg gegen Corona und jetzt der Krieg gegen Russland, da möchten die Menschen nicht mitmachen, ohne dass in irgendeiner Form demokratisch darüber abgestimmt wurde.»**

Der online-Text und das Video bilden eine Einheit. Es ist ein alltäglicher journalistischer Vorgang, dass Zitate von interviewten Personen gekürzt werden. Ebenso normal ist es, dass die Zitate in einem eingebetteten Video und im Text eines online-Artikels voneinander abweichen können. So weichen zum Beispiel auch die Zitate vom interviewten Experten der Amadeu-Antonio-Stiftung im Video und im online-Text voneinander ab. Das hat nichts mit Unterschlagung zu tun, sondern mit der journalistischen Form.

**3. Warum wird diesen Gruppierungen Demokratiefeindlichkeit unterstellt? Weil sie eine andere Meinung haben als die Regierung? Weil für das SRF jeder demokratiefeindlich ist, der sich nicht den Parolen der Einheitsregierung und der Massenmedien unterwirft?**

Der Begriff «Demokratiefeindlichkeit» wird im beanstandeten Beitrag von Stefan Lauer verwendet. Wörtlich heisst es im online-Text:

*Stefan Lauer befasst sich bei der Amadeu-Antonio-Stiftung in Berlin schon lange mit dem Thema. Er beobachtet, wie sich Strömungen vermischen, die Themenpalette breiter wird – jetzt eben mit Bezug auf die Politik des Westens im Ukraine-Krieg. «Die grosse Klammer», sagt Lauer, «ist Demokratiefeindlichkeit. Beziehungsweise ein grosses Misstrauen gegen die Demokratie, gegen die Institutionen und gegen die Regierung».*

Mit dieser Einordnung steht der von uns interviewte Experte nicht alleine da. So hat zum Beispiel der baden-württembergische Verfassungsschutz<sup>2</sup> festgestellt, dass es eine «staatsfeindliche Haltung auf Demonstrationen» gebe. Aus seiner Sicht liegen «ausreichend Anhaltspunkte vor, dass hier Feinde der Demokratie am Werk sind.» Auch der Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen beobachtet verschiedene Gruppen der «Querdenker-Bewegung» wegen «Verdacht der demokratiefeindlichen und sicherheitsgefährdenden Delegitimierung des Staates».

---

<sup>1</sup> <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-31-03-2022/querdenker-fuer-putin.html>

<sup>2</sup> [https://rp-online.de/panorama/deutschland/verfassungsschutz-verdacht-auf-staatsfeindlichkeit-bei-querdenkern-bestaetigt\\_aid-55818329](https://rp-online.de/panorama/deutschland/verfassungsschutz-verdacht-auf-staatsfeindlichkeit-bei-querdenkern-bestaetigt_aid-55818329)

Auch der Chef des Verfassungsschutzes von Brandenburg warnt vor solchen «*staatsfeindlichen Bestrebungen*»<sup>3</sup>.

Der Redner an der im Beitrag gezeigten Demo – Hendrik Sodenkamp – bezeichnete die demokratisch gewählten Mitglieder der Regierung von Deutschland zudem öffentlich als «*Verbrecher*». Wörtlich hiess es im Video:

*Redner an der Demo: Hendrik Sodenkamp. (...) Man werde weiter demonstrieren, bis die – Zitat – «Verbrecher in der Regierung» zurückgetreten seien.*

SRF «unterstellt» also niemandem Demokratiefeindlichkeit, sondern gibt die Einschätzung eines Experten wieder und zeigt mit einer konkreten Aussage eines Exponenten der Querdenker-Szene auf, was dieser von der demokratisch gewählten Regierung hält.

**4. Ich möchte gerne vom SRF wissen, wie es Demokratie definiert. Sie schreiben: «Die Basis der Demokratie ist die Freiheit. Man darf demonstrieren, seine Meinung sagen, ohne dafür bestraft, benachteiligt oder bedrängt zu werden.» Mit dem von mir beanstandeten Beitrag pervertieren sie diese Aussage aufs Krasseste, denn wenn man eine von Ihnen abweichende Meinung kundtut, dann wird man mit den Totschlagsargumenten «Verschwörungstheoretiker, rechtsextrem, Putin-Befürworter usw.» kaltgestellt.**

Basis und Referenzgrösse für den Service-Public-Auftrag von SRF ist der aufgeklärte, demokratische Rechtsstaat mit all seinen Grundwerten und Verpflichtungen. Dazu gehören insbesondere die Bundesverfassung (Medien- und Meinungsfreiheit, Programmautonomie), die Europäische Menschenrechtskonvention und die UNO-Menschenrechtserklärung.

Ein wichtiges Grundrecht in unserer Verfassung ist die Meinungs- und Informationsfreiheit. Dazu gehört das Recht, seine Meinung frei zu äussern, aber auch das Recht, Informationen frei zu empfangen und sich seine Meinung so zu bilden.

Der Autor hat den von der Beanstanderin erwähnten Satz («*Die Basis der Demokratie ist die Freiheit. Man darf demonstrieren, seine Meinung sagen, ohne dafür bestraft, benachteiligt oder bedrängt zu werden.*») an den Anfang des online-Textes geschrieben, weil er zeigt, wie wichtig die Auseinandersetzung in der Demokratie ist, wie wichtig die freie Meinungsäusserung und die freie Meinungsbildung sind. Der unmittelbar nachfolgende Satz im online-Text lautet:

*Doch vielen Menschen, die in diesen Tagen in Berlin und anderswo demonstrieren, geht es nicht nur darum. Sie lehnen den Staat als Ganzes ab, sie halten diese Regierung nicht für legitim, fühlen sich von ihr betrogen und belogen.*

---

<sup>3</sup> <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/proteste-querdenker-energie-inflation-winter-100.html>

Diese Einschätzung teilen viele Beobachter. Sie wird im Beitrag auch belegt: Mit Sodenkamp bezeichnet ein wichtiger Repräsentant der Bewegung die Regierung als «*Verbrecher*» und will ihren Abgang. Das ist keine demokratische Auseinandersetzung – ein solcher Aufruf richtet sich gegen die Staatsordnung und diffamiert deren Vertreter. Sodenkamp drückte aus, was bei diesen Demos allgemein mitschwang. Im Beitrag heisst es: «*Misstrauen, Verachtung der Politik gegenüber, das ist hier überall spürbar.*»

**5. Diesen Gruppierungen wird unterstellt, bewusst Unfrieden zu säen, indem sie z.B. gegen die Energiekrise demonstrieren. Warum wird im Gegenzug Gewerkschaften, Parteien oder Verbände für dasselbe Vorgehen ein Persilschein ausgestellt? Haben diese das Alleinverfügungsrecht über diese Themen, selbstverständlich ohne nie irgendwelchen Unfrieden zu säen?**

Eine Demonstration z.B. gegen zu hohe Energiepreise ist grundsätzlich ein legitimes Mittel der Demokratie. Parteien, Gewerkschaften oder andere Gruppe fordern mit solchen und anderen demokratischen Mitteln regelmässig Veränderungen innerhalb der Demokratie. Der Grundsatz dabei ist die Respektierung der Demokratie und ihrer Prozesse. Im Unterschied dazu versuchen die im Beitrag gezeigten Gruppierungen die Demokratie zu untergraben, indem sie zum Beispiel deren demokratisch gewählte Vertreter als «*Verbrecher*» bezeichnen.

**6. Wenn Sie schon von «staatsfeindlichen Bestrebungen» dieser Gruppierungen sprechen, dann erwarte ich auch von Ihnen, dass sie diese klar benennen. Ansonsten ist dies lediglich eine haltlose Unterstellung mit dem Ziel, diese Gruppierungen zu diffamieren.**

Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Deutschland bezeichnet die staatsfeindlichen Bestrebungen der «Querdenker»-Bewegung als «verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates». Gemäss Verfassungsschutz gehören dazu unter anderem folgende Elemente<sup>4</sup>:

- Verbindungen zu «Reichsbürger-» und «Selbstverwalter»-Organisationen sowie Rechtsextremisten werden in Kauf genommen oder gesucht.
- Vielfältige Angriffe gegen Parlamente und Regierende.
- Demokratische Entscheidungsprozesse werden in sicherheitsgefährdender Art und Weise delegitimiert und verächtlich gemacht.
- Körperliche Angriffe unter anderem auf Polizist:innen und Journalist:innen

Detaillierte Informationen zur Einschüchterung von Politikern und zur Instrumentalisierung von Krisen findet sich auf der Webseite des Deutschen Verfassungsschutzes. Unter anderem heisst es dort:

*Lange Zeit war die Coronapandemie das bestimmende Thema im Phänomenbereich der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“, der sich zukünftig aber auch auf neue und sich ggf. überlagernde Themen konzentrieren dürfte.*

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/verfassungsschutz-querdenker-103.html>

*Inbesondere gesellschaftliche Krisensituationen, etwa signifikante Einschränkungen im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen oder eine wirtschaftliche Rezession infolge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, können instrumentalisiert werden, um Institutionen und Repräsentanten des Staates systematisch zu delegitimieren und das demokratische System insgesamt zu diskreditieren.*

*Ein zeitweiliger Themenwechsel zeichnete sich bereits im Kontext mit der Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 ab. Akteure aus dem Phänomenbereich versuchten, die angespannte Versorgungssituation vor Ort auszunutzen, um den Eindruck zu vermitteln, staatliche Stellen seien unwillig und unfähig, sich der dortigen Notlage zu stellen und Abhilfe zu schaffen. **Seit Februar 2022 tritt nunmehr zusehends der Krieg Russlands gegen die Ukraine als Agitationsthema in den Vordergrund.***

Soweit unsere Stellungnahme zu den Fragen der Beanstanderin.

Der Beitrag war weder «*einseitig*» noch «*tendenziös*», Die Hauptaussage des Beitrages, nämlich dass radikale Gruppen in Deutschland auch den Krieg in der Ukraine nutzen, um den Staat und seine Repräsentanten zu schwächen, wird von vielen Beobachtern und Experten geteilt. Wir bitten Sie, die Beanstandung zurückzuweisen.

**Die Ombudsstelle** hat sich den kritisierten «Tagesschau»-Beitrag ebenfalls genau angeschaut.

Eigentlich gibt es nicht viel anzufügen zur ausführlichen redaktionellen Stellungnahme. Es ist offensichtlich, dass sich die Wahrnehmung der Beanstanderin nicht im Geringsten deckt mit den in Bild und Ton wiedergegebenen Fakten des «Tagesschau»-Berichts. Wir greifen nur zwei – besonders krasse – Beispiele heraus:

- Die Aussagen von Hendrik Sodenkamp entsprechen unmissverständlich einer pro-russischen Parteinahme. Auch die Kürzung seiner Aussage im online-Bericht gibt seine pro-russische Haltung wieder.
- Das Demokratie-Verständnis der Beanstanderin gibt Rätsel auf. Wie anders als demokratiefeindlich kann eine Aussage gedeutet werden, wenn der auf der Demonstration aufgetretene Hendrik Sodenkamp von «Verbrecher in der Regierung» spricht? Die Regierungsvertreterinnen und -vertreter sind demokratisch gewählt. Wie die Beanstanderin zum Schluss kommt, dass die Exekutive zu Recht als «kriminell handelnd» bezeichnet wird, ist schlicht unverständlich.

Abschliessend möchte die Ombudsstelle an die Adresse der Beanstanderin, die immer wieder Beanstandungen einreicht, folgendes festhalten: Menschen nehmen verschiedene Sichtweisen ein. Es gibt jene, die tolerant und souverän mit unterschiedlichen Meinungen und Ansichten umgehen, aber auch die, die glauben, die Wahrheit gepachtet zu haben und unbesehen von Fakten aus ideologischen Gründen auf ihrer Sicht der Dinge beharren.



Wir appellieren an den Respekt und die Toleranz gegenüber fundierten und weder tendenziös noch parteiisch dargestellten Fakten, so wie das SRF nach bestem Wissen und Gewissen tut.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio- und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen



Esther Girsberger und Kurt Schöbi

Beilage:

- Rechtsbelehrung

Kopien gehen an:

- Regula Messerli, Koordination Broadcast, CR Video, SRF
- Annina Keller, Leiterin Geschäftsstelle SRG.D